

Der Bundesminister des Innern

Bonn, den 3. September 1964

VI B 6 - 649 410/1

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Ausschöpfung des Wehrpotentials und Ausgleich von
Härten bei der Ableistung des Wehrdienstes**

Bezug: **Beschluß des Deutschen Bundestages vom 27. Juni 1962**
— **Drucksache IV/489** —

Die Stellungnahme zu den Nummern 2 und 3 des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 27. Juni 1962, die mit Schreiben des Bundesministers der Verteidigung vom 3. Oktober 1962 — Drucksache IV/649 — mitgeteilt wurde, ergänze ich im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Verteidigung wie folgt:

Zu Nr. 2

Heranziehung von Wehrpflichtigen im Rahmen einer zivilen Dienstpflicht

Die Heranziehung von Wehrpflichtigen, für die eine Verwendung bei der Bundeswehr nicht vorgesehen ist, zur Verstärkung der Polizeien der Länder mit Polizeireservisten in einem V-Fall soll auf der Grundlage des Zivildienstgesetzes geregelt werden. Der Entwurf dieses Gesetzes liegt dem Deutschen Bundestag als Drucksache IV/450 vor.

Die in einem V-Fall notwendige Verstärkung des Bundesgrenzschutzes ließe sich durch die Heranziehung von Wehrpflichtigen erreichen, für die eine Verwendung bei der Bundeswehr nicht vorgesehen ist; dies könnte allerdings nur auf der Grundlage eines Grenzschutzdienstpflichtgesetzes geschehen. Der Entwurf eines solchen Gesetzes wird in meinem Hause vorbereitet.

Zu Nr. 3

Freistellung der Wehrpflichtigen, die bei der Polizei, dem Bundesgrenzschutz oder im Rahmen einer zivilen Dienstpflicht ausgebildet sind, vom Wehrdienst

Um sicherzustellen, daß die Ausbildung bei den Polizeien der Länder und im Bundesgrenzschutz nicht durch nachträgliche Heranziehung zu einer anderen Verteidigungsleistung für die Polizeien und den Bundesgrenzschutz wertlos wird, muß das Wehrpflichtgesetz entsprechend ergänzt werden. Dies ist in dem oben erwähnten Entwurf eines Grenzschutzdienstpflichtgesetzes vorgesehen.

In Vertretung

Dr. Hölzl